



Hannes Androsch
INDUSTRIELLER

Schmerzfreie Steuerwunder gibt es nicht

Eine scheinbar schmerzfreie Promill-Steuer auf Devisentransaktionen gilt als neues Wundermittel, um Geld für wichtige EU-Projekte einzuspielen. Die Steuer selbst modifiziert eine aus den 70er Jahren stammende Überlegung des 2002 im Alter von 84 Jahren verstorbenen US-Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers James Tobin. Gegen diese Vereinnahmung hat sich der erklärte Freihandels-Anhänger vergeblich gewehrt.

Tobin hatte die nach ihm benannte Steuer 1971 nach dem Zusammenbruch des auf dem Goldstandard beruhenden Währungssystems entwickelt. Die damals frei schwankenden Währungen bargen die Gefahr, dass zur Abwehr von Devisenspekulanten in einzelnen Ländern Zinserhöhungen mit für die Binnenwirtschaft negativen Auswirkungen notwendig wurden. Einem solchen Szenario wollte Tobin mit der Einhebung einer Abgabe auf Devisengeschäfte zuvorkommen. Diese Ordnungssteuer, die weltweit umgesetzt hätte werden müssen, wurde nie realisiert.

Die nunmehr diskutierte EU-Steuer hat einen fiskalpolitischen Hintergrund. Die EU, die von der jährlichen europäischen Wirtschaftsleistung knapp ein Prozent disponiert, braucht für wichtige Zukunftsaufgaben wie Forschung oder die Trans-europäischen Netze mehr Geld. Die vorgeschlagene Steuer ist dafür aber nicht die richtige Problemlösung, würde sie doch eine Verschlechterung des Finanzplatzes Europa mit negativen Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft bedeuten, die ohnedies am Weltwirtschaftsboom vorbeischrämmt, wie das ungenügende Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit traurig belegen.

Die EU braucht vielmehr eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und eine radikale Durchforstung der Subventionen, die fast zur Hälfte auf den Landwirtschaftssektor entfallen und von denen in obszöner Weise vor allem Großgrundbesitzer und aus historischen Gründen Frankreich profitieren. Die neue Steuer allerdings hätte auf Europas Wirtschaft einen ähnlichen Effekt, als würde man bei einem Fußballspiel für jeden Pass eine Abgabe einheben.

„Die vorgeschlagene EU-Steuer würde eine Verschlechterung des Finanzplatzes Europa bedeuten.“